



Wochentäglich erscheint in Breslau 5 Mark, Wochen-Ausgabe 50 Pf.,
ausserhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Einzelne-Sachen für den
Raum einer sechsteljährigen Zeit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Ankarten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 14. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 9. Januar 1878.

Deutschland.

9. Landtags-Verhandlungen.

41. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 8. Januar.)

11 Uhr. Am Ministerische Achenbach, Friedenthal und zahlreiche Commissarien.

Ohne Debatte erledigt das Haus in erster und zweiter Berathung die Gesetzentwürfe, betreffend 1) den Rechtszustand in mehreren zwischen Mecklenburg und Preußen ausgetauschten Gebietstheilen, 2) die Vereinigung der Flecken-Gemeinden Bormstegen und Klosterfand mit der Stadtgemeinde Elmshorn und 3) die Aufhebung der in den nassauischen Gebietstheilen bestehenden gesetzlichen Beschränkungen der Uebergabe des Grundbesitzes seitens der Eltern an ihre Kinder.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beleihung des Staates an dem Unternehmen einer von Kiel über Eckernförde nach Flensburg führenden Eisenbahn.

Abg. Ritter: Der Regelung der Verhältnisse der Secundärbahnen steht im Wege, dass man zunächst eine Definition des Begriffs der Secundärbahnen und generelle Bestimmungen über die Theilnahme des Staates, der Kreise u. s. w. an ihrem Bau verlangt. Die Regierung hat der Vorlage zwar eine ausschlägliche Denkschrift des Freiherrn v. Weber beigelegt, welche sich auch über diesen Begriff äußert, aber man muss die Natur der fraglichen Bahnen auch aus der Praxis kennen, um die Sache richtig zu beurtheilen. Am 22. April 1874 erklärte der Herr Handelsminister, dass seit 1874 Erwägungen über eine generelle Regelung der Frage der Secundärbahnen schwanken, und als ich ihm am 15. Februar v. J. fragte, ob nun inzwischen etwas in der Angelegenheit geschehen sei, antwortete er, im Handelsministerium sei schon vor einigen Jahren entsprechender Gesetzentwurf ausgearbeitet, aber da zwischen den verschiedenen Ministerien eine volle Verständigung nicht habe erzielt werden können, so habe man es vorgezogen, von Fall zu Fall die einzelnen Anträge, betreffend die Unterhaltung des Baues von Secundärbahnen, zu prüfen.

Wir müssen nun wünschen, dass jener Gesetzentwurf in dies Haus gelange; wenn wir alle zwei Jahre über eine winzige Bahn verhandeln, werden wir in dreifig Jahren vielleicht soweit sein, wohin es andere deutsche Länder unter günstigen Bedingungen in wenigen Jahren gebracht haben. Nirgends hat die Angelegenheit einen so schlepplenden Gang genommen wie bei uns. Ich möchte wissen, ob etwa prinzipiell beschlossen worden ist, die Secundärbahnen mit einem Sechstel der Baukosten zu unterstützen. Die mecklenburgische Regierung, die sich doch nicht durch Schnelligkeit in der Gesetzgebung auszeichnet, hat ihrem Landtage bereits einen Entwurf vorgelegt, nach welchem für die normalspurigen Secundärbahnen 30,000 und für die schmalspurigen 14,000 M. pro Kilometer gewährt werden sollen. Der Herr Handelsminister hat aber nur halb so viel in Aussicht genommen, was in manchen Provinzen entschieden nicht ausreichen würde. Ferner möchte ich wissen, ob die Regierung darin gemüth hat, dass eine Sicherheitsordnung auf den Secundärbahnen für das Deutsche Reich erlaubt und dass das Verhältnis dieser Bahnen zur Post-, Telegraphen- und Militärverwaltung geregelt werde. Wie steht es sodann mit den Tarifen? Ich wünschte in dieser Richtung vollständige Tariffreiheit. Jedenfalls müssen wir über die Beleihung des Staates beim Bau von Secundärbahnen einen Gesetzentwurf verlangen und die Festsetzung einer bestimmten Summe für diesen Zweck, welche wir wohl zur Disposition der Regierung stellen könnten. Wenn die Regierung aber vorläufig nicht dazu entschlossen ist, so ist es unsere Pflicht die Initiative zu ergreifen; es hätten durch Entwicklung des Secundärbahnwesens große Kapitalerwartungen staatsfähig sein und es wäre unverständlich, die Industrie und die Verkehrsinteressen länger warten zu lassen. Darum beantrage ich die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen mit dem Antrage, entweder einen Gesetzentwurf zur Regelung der Verhältnisse der Secundärbahnen auszuarbeiten, oder dem Hause eine Erklärung vorzulegen, in welcher die Regierung dringend aufgefordert wird, zur gezielten Regelung der Angelegenheit die nächstigen Schritte zu thun.

Handelsminister Achenbach: Das ich als Handelsminister die Frage der Secundärbahnen thunlich zu befördern bestrebt bin, versteht sich von selbst; unterließe ich es, so wäre dies eine Pflichtverletzung.

Aber besonders die Verhandlungen auf den Provinzialbahnen scheinen mir ein Beweis dafür zu sein, dass die Meisten über das Wesen der Secundärbahnen noch nicht genügend aufgeklärt sind. (Abg. Ritter: Sehr richtig!) Wenn man auf eine genaue Fixirung des Begriffs warten will, dann kann man noch hundert Jahre warten; aber es ist gar nicht thunlich, diesen Begriff so genau zu fixiren; es steht hier ja Vieles untereinander, dass es schwierig ist, Unterscheidungen aufzutun. Abgesehen davon, haben wir in den letzten Jahren damit recht traurige Erfahrungen gemacht. Wo man nur versucht hat, einen Secundärbahnverkehr zu organisieren, d. h. den Güterverkehr in den Vordergrund zu stellen, ist man überall auf Klagen des Publikums gestoßen; man hat solche Versuche als Missachtung des Publikums aufgefasst. In den Witblättern hat man über die Fahrgeschwindigkeit auf einer gewissen Bahn gespottet (Auf: Nordbahn), trotzdem die Geschwindigkeit von 30 Kilometern in der Stunde in manchen Ländern kaum auf Vollbahnen erreicht wird. Die Verwaltung bedarf deshalb der Unterstützung des hohen Hauses, um mit Erfolg vorgehen zu können. Der Vorredner hat getadelt, dass die Regierung von Fall zu Fall entscheidet und hat es beklagt, dass alle zwei Jahre so winzige Vorlagen erfolgen. Ein winziges Unternehmen ist eine Bahn von mehr als 70 Kilometern Länge doch wohl nicht und so lange eine generelle Regelung der Frage noch aussteht, ist es doch wohl besser, von Fall zu Fall zu entscheiden, als die Hände ganz in den Schoos zu legen.

Ich erkenne an, dass es notwendig ist, die Angelegenheit zu einem principiellen Abschluss zu bringen, es schweren auch schon Verhandlungen darüber. Wenn aber der Vorredner auf Mecklenburg verwies, so möchte ich demgegenüber doch darauf aufmerksam machen, dass es sich dabei um ganz bedeutende Mittel handeln würde. Für Mecklenburg würde es sich um eine verhältnismäßig geringe Summe handeln, nicht so in Preußen, wo die finanzielle Kraft des Landes in sehr erheblichem Maße in Anspruch genommen würde. An dem guten Willen der Regierung bei Regelung dieser Frage wird es nicht fehlen; ich bin aber nicht in der Lage, auf alle Fragen des Vorredners zu antworten; was aber die Post und Telegraphie angeht, so kann ich mithalten, dass Arbeiten im Gange sind, um diese Cardinalfrage für das ganze Reich zu entscheiden. Ich kann aber versichern, dass seitens des Handelsministeriums selbst bei den primitivsten Einrichtungen keine Schwierigkeiten gemacht werden sollen. Erkennen Sie in dieser Vorlage, dass die Regierung den ersten Willen hat, diesen Gegenstand in einer die Interessen des Landes wahrnehmenden Weise zur Entscheidung zu bringen.

Abg. Meyer (Breslau) begrüßt den Entwurf mit Freuden, weil es sich nach der scheinbar eingetretenen Stagnation im Eisenbahnbau um ein Projekt handelt, welches durch die Selbsthilfe des Bürgerthums zu Stande gekommen ist; wenn es auch nur ein einzelnes Delikat ist, so ist es doch ein Zeichen, dass die Wässer im Fallen sind und die Selbstthätigkeit sich wieder hebt. Der Begriff der Secundärbahnen kann noch nicht genau umschrieben werden; es ist das vorläufig nur ein Stichwort, welches eine neue Richtung anzeigen.

Es sollen Eisenbahnen gebaut werden, aber mit allen nur möglichen Ersparnissen. Die in der Vorlage gefüllte Bahn ist noch ein sehr stolzes Unternehmen, wenn man sie mit dem vergleicht, was Hartwig Majazirt, der eine Geschwindigkeit von 7½ Kilometer in 40 Minuten annimmt. Schon jetzt haben sich die Eisenbahnen in zwei Klassen geschieden; diejenigen, welche Schnellfahrt befördern, und diejenigen, welche höchstens mit Personenzugsgeschwindigkeit fahren; die letzteren sind auch darauf eingetragen, eine schnellere Geschwindigkeit anzuwenden, sie unterlassen es nur,

weil es sich nicht lohnt; aber die größeren Baukosten haben aufgemindert werden müssen. Wenn auch der Begriff der Secundärbahnen sich mit Geschwindigkeit nicht umschreiben lässt, so wäre doch eine Vorchrift dahin gehend, dass Bahnen, die ein bestimmtes Maß der Geschwindigkeit nicht überschreiten, nicht den allgemeinen gesetzlichen Verpflichtungen, besonders also für Post und Telegraphie, nicht unterworfen sein sollen, sehr erwünscht. Redner

sagt es dann, dass der Vorlage das Statut der Gesellschaft nicht beigelegt ist; jedenfalls muss dasselbe der Budget Commission vorgelegt werden. Im Interesse einer geüblichen Entwicklung vor Secundärbahnen liege es, wenn man die beteiligten Provinzial- und Kommunalorgane in herborragender Weise an der Leitung und Beaufsichtigung der Bahnen beteilige. Abg. Dirichlet protestiert dagegen, dass die Provinziallandtage aus Unklarheit über die Sache es ablehnt hätten, auf Provinzialkosten Secundärbahnen zu bauen; ihr Beschluss sei daraus entstanden, dass man mit voller Klarheit eingesehen, dass die Mittel, die den Provinzen gesetzlich zugewiesen sind, eine Erweiterung des Betriebes nicht gestatten. Der Landes-Director von Preußen (Ritter) habe die Angriffe des Handelsministers auf die Provinziallandtage sich zu eigen gemacht, indem er ein sehr deutliches hört! hört! dazwischenrief. Diese Angriffe waren ungerechtfertigt, denn die Provinziallandtage meinten, dass der Staat die Initiative in solchen Dingen ergreifen müsse.

Abg. Windhorst (Moppen) hält die Angriffe Ritters und des Ministers ebenfalls für unbegründet; die Provinzen sind nicht im Stande, Neues zu übernehmen, ehe ihre Kräfte nicht gestärkt sind. Wäre im vorigen Jahre das Gesetz über die Secundärbahnen angenommen worden, so wäre immer von Neuem die Streitfrage, ob der Staat oder die Provinz ein Interesse an dem Bau einer Eisenbahn habe, entstanden, ebenso, wie dies früher bei den Chausseen der Fall war. Eisenbahnen geringerer Ordnung sind notwendig, und die localen Verstände müssen Beiträge leisten; aber wer im Großen und Ganzen das Geld aufzubringen habe, das ist der Kernpunkt der Frage. So lange auf dem Gebiete der Provinzial-Eisenbahnen ist es eine grohe Unsicherheit herrscht, wie angewidriglich wird der Eisenbahnbau nicht wieder aufblühen, denn der Staat könnte dann auch Wiene machen, alle diese Secundärbahnen in seinen großen Sac zu stecken. Ehe man nicht das Reichsbudget gesehen hat und die neuen Finanzpläne kennt, kann man keine neuen Engagements eingehen und muss in der Erregung von Hoffnungen etwas vorsichtig sein.

Handelsminister Achenbach: Das es im Gebiete des Eisenbahnbaues so sehr still sei, wie der Vorredner meint, kann ich nicht anerkennen; man könnte sogar zweifeln, ob nicht die notwendigen Grenzen bereits überschritten seien. Die Unsicherheit hängt nur von den allgemeinen Calamitäten ab. Es hat mir nichts fern gelegen, als die Provinziallandtage anzugeben; ich habe nur darauf hingewiesen, dass ihre Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Resultate geführt und dass sie lediglich formelle Gründe vorgebracht haben. Im Uebigen waren sie ja in ihrem Rechte. Es ist nur ein Irrthum, wenn sie annehmen, dass sie neue Pflichten übernehmen sollten, es handelt sich vielmehr um Rechte (Sehr richtig!), die ihnen zu ihren alten Rechten gegeben werden sollen. Die Kernfrage ist das Geld, aber darum schließen sich eben alle herum; die Provinziallandtage stützen sich auf das Unzureichende der Dotations, die Gemeinden auf ihre Mittellosigkeit, die Spize lehrt sich immer dahin, dass der Staat Alles machen soll. Das ist ein Standpunkt, den weder der Staat, noch die Regierung acceptiren kann. Will man eine gefünde Entwicklung der Secundärbahnen, so muss man eben die Meinung verbreiten, dass diese Bahnen ihr Fundament in der Thätigkeit der Interessenten finden müssen.

Abg. Ritter: Auch wir werden mit dem Abg. Windhorst die Lage des Staates prüfen, ehe wir das Geld für solche Zwecke bewilligen. Aber wir meinen, was Mecklenburg und Oldenburg und Bayern thun kann, kann Preußen ebenso thun. Den Abg. Dirichlet möchte ich auf den wirklich sehr guten Brauch des Hauses aufmerksam machen, dass man die Mitglieder des Hauses nur als Abgeordnete, nicht in ihren sonstigen amtlichen Eigenschaft betrachtet; ich habe auch von seinen Reden im Provinziallandtag, wenn er überhaupt welche gehalten hat, nicht gesprochen. Das der Provinziallandtag das Recht hatte, die Vorlage abzulehnen, habe ich nicht bestritten. Wir wollen die Bahnen und nehmen dazu jeden vernünftigen Weg; Staat, Provinz und Kreis müssen zusammengehen. Nicht alle Provinziallandtage haben sich ablehnend verhalten; der rheinische Provinzial- und der nassauische Kommunalstand haben sich für die Vorlage ausgesprochen, der letztere sogar einstimmig. Ich bitte Sie also, den alten Streit nicht wieder aufzunehmen und nicht nur diesen Gesetzentwurf, sondern auch die von mir vorher angekündigte Resolution, oder einen derselben entsprechenden Gesetzentwurf anzunehmen.

Personlich bemerkte Abg. Dirichlet, dass nicht der Abg. Ritter, sondern der Präsident über den Brauch des Hauses zu entscheiden habe. Abg. Windhorst behauptet, dass nur die Staats-eisenbahnen bauen, bei den Privatbahnen sei alles still.

Der Gesetzentwurf geht an die Budgetcommission.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaue. Abg. Petri: Der Gesetzentwurf ist am Rhein, an der Nabe und Mosel mit großer Bedeutung aufgenommen worden, es haben aber Berathungen von Sachverständigen stattgefunden, welche verschiedenes Ergebnis und Verbesserungen vorschlagen. Da die Zeit nicht ausreicht, um Anträge einzubringen, so beantrage ich, den Gesetzentwurf an die Agrarcommission zu verweisen und dieselbe ab hoc um 7 „reblauberständige“ Mitglieder zu verstärken. (Heiterkeit.)

Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Der Gesetzentwurf, betreffend den standesherrlichen Rechtszustand des fürstlichen Hauses Sayn-Wittgenstein-Berleburg wird der selben Commission überwiesen, die den ähnlichen Gesetzentwurf, betreffend das Haus Bentheim-Leddenburg, präsi; über beide Entwürfe soll gemeinsam Bericht erstattet werden.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzes, betreffend die Unterbringung von verwahrlosten Kindern in Erziehungs- oder Besserungsanstalten.

Abg. Lechow: Die Bestimmung der Vorlage, dass die Unterbringung eines Kindes in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt nur in Folge eines gerichtlichen Beschlusses stattfinden kann, muss gebilligt werden. Dagegen unterliegt der weiter eingeschlagene Weg nicht unwesentlichen Bedenken. Er ist zunächst zu weiliufig, denn während der Bezirksräte die Unterbringung zu beschließen hat, liegt die Ausführung in den Händen der Provinzialbehörden. Außerdem werden in der Regel, namentlich auch in Berlin, wo das Polizeipräsidium die Unterbringung zu beschließen hat, einzeln Personen bestellt, während bei der Wichtigkeit des Gegenstandes eine collegiale Beschlussfassung notwendig erscheint. Ein solches Collegium müsste aus Vertretern der Staatsregierung, der Gemeinde und der Schulverwaltung zusammengelegt sein und wäre auch im Stande, die Ausführung zu übernehmen, wodurch eine Instanz erparaht würde. Ich beantrage die Überweisung des Gesetzentwurfs an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. v. Rauchhaupt: Durch die Fassung, welche der Entwurf im Herrenhaus erhalten hat, ist in der Kompetenz- und Kostenfrage eine unzweckmäßige Vermischung eingetreten. Das Vermischungsgericht soll materiell definitiv über die Unterbringung beschließen; dadurch ist das Miteinwirken des Bezirksrats überflüssig gemacht, und dennoch soll dieser in der Lage sein, zu jeder Zeit die Entlassung des Kindes zu bewirken, also materiell den Beschluss des Vermischungsgerichts rückgängig zu machen. Der Provinzialverwaltung ist in dem Entwurf eine ganz untergeordnete und unwichtige Stelle eingeräumt; sie hat nur für die Verpflegung und Kleidung zu sorgen, während der ethische Zweck, die Besserung, ihr ganz und gar entzogen ist. Auch die Heranziehung der Staatsverwaltung zur Hälfte der Kostentragung ist keine glückliche Idee und würde bestimmt zu Konflikten führen. Ganz bedenklich ist es aber, dass den Eltern ein Recht gegeben werden soll, gegen den Beschluss des Vermischungsgerichts, welcher ein Kind nicht in einer Anstalt unterbringen will, Beschwerde zu führen; hierdurch wird geradezu eine Prämie für die Verwahrlosung der Kinder ausgeschafft, was in der Praxis vor den schärfsten Folgen sein würde.

Abg. Schlüter: Nach dem Entwurf ruht bei der Erziehung der verwahrlosten Kinder Alles in den Händen des Staates, während die Familie absolut bei Seite geschieben ist. Im Gegensaft zu dem Abg. Rauchhaupt will ich, dass die Eltern in hervorragendem Maße vor der Beschlussfassung gehört werden. Es würden dadurch den Willkürlichen, die im gegebenen Falle Seitenstoss der Polizei stattfinden könnten, gesteuert werden. Die Stellung der Provinzialverbände ist eine unrichtige; diese sind nach dem Ent-

wurf nichts weiter als niedrige Executivbeamte. Was die Heranziehung des Staates zur Kostenzahlung betrifft, so ist diese durchaus gerechtfertigt; wenn die Erziehung der verwahrlosten Kinder vornehmlich im Staatsinteresse geschieht, so muss der Staat auch zu den Kosten der Erziehung beitragen. Sollen die Provinzen allein die Kosten tragen, so muss eine beträchtliche Erhöhung der Dotations derselben eintreten.

Abg. Wachler (Schweidnig): Die Wichtigkeit des Gesetzes und seine einschneidende Bedeutung macht eine möglichst schleunige Annahme notwendig. Die gänzliche Straflosigkeit, deren sich nach dem Reichs-Strafgesetzbuch Kinder unter 12 Jahren erfreuen, hätte eine bedeutende Mehrung der Verbrechen zur Folge und bewirkte, dass in der Novelle zum Strafgesetzbuch die Bestimmung von der Unterbringung derjenigen Personen, welche bei Begehung der strafbaren Handlung das zwölfe Lebensjahr nicht vollendet haben, Aufnahme fand. Der gegenwärtige Entwurf, der diese Unterbringung regelt, hat im Herrenhaus zwei wesentliche Veränderungen dadurch erfahren, dass man die Befugnisse der Vermischungsbehörde den Verwaltungsbehörden gegenüber in anerkennenswerther Weise verstärkt und die Kostenlast zur Hälfte dem Staat, zur Hälfte den Provinzialverbänden aufgetragen hat. Bezuglich der einzelnen, gegen den Entwurf erhobenen Einwendungen will ich nur bemerken, dass, soweit ich die Einrichtungen des hiesigen Polizeipräsidiums kenne, über die Unterbringung eine collegiale Beschlussfassung statthabt würde. Für sehr wesentlich halte ich es, dass den Eltern ein Beschwerderecht gegen die Beschlüsse des Vermischungsgerichts zusteht, dagegen wäre es zweckmässiger, wenn der Antrag auf Unterbringung nicht von dem Kreis- und Schulniveau, wie § 4 bestimmt, sondern von dem Lehrer direct gestellt würde. Auch dürfen die nach § 10 zu erlassenden Reglements für die Erziehungs- und Besserungsanstalten nicht zu milde ausfallen. Jedenfalls ist die mögliche Befreiung und das Zustandekommen des Gesetzes noch in dieser Session wünschenswert.

Abg. Zelle: Dieser Gesetzentwurf ist nicht genügend durchgearbeitet; ich stimme deshalb für die Commissionsberatung. Im § 1 der Vorlage ist nicht scharf genug hergehoben, dass die Unterbringung eines Kindes in eine Besserungsanstalt nur dann erfolgen soll, wenn die eigene Familie nicht geeignet ist, das Kind auf den richtigen Weg zurückzuführen. Man kommt mit der jetzigen Fassung jener sozialdemokratischen Forderungen entgegen, welche das gesamte Erziehungsweise in die Hände des Staates legen wollen. Man müsste nach meiner praktischen Erfahrung die Unterbringung eines Kindes auch nicht lediglich davon abhängig machen, dass es bereits eine strafbare Handlung begangen hat, sondern die Unterbringung auch dann gestatten, wenn der fiktive Standpunkt der Eltern und deren Erziehung ein solches Resultat mit Gewissheit voraussehen lässt. Der Redner legt dem Hause zur Begründung dieses Gedankens mehrere Berichte über die unmenschliche Behandlung und entstehende Erziehung einzelner Kinder seitens ihrer Eltern vor, die mit Nothwendigkeit dahin führen müsste, die Kinder zu Verbrennern zu machen. Angesichts solcher Thatsachen, fährt er fort, ist es dringend notwendig, den Brunnens nicht erst dann zugedekelt, nachdem das Kind hineingesunken ist. Es ist ferner notwendig, dass die Eltern, wenn nur irgend möglich, der der Unterbringung des Kindes gehört werden; die Vorlage nimmt diese Forderung zu leicht. Den Provinzialbehörden, die ja einen Theil der Kosten tragen müssen, ist auch das Recht der Beschwerdeführung gegen Beschluss des Vermischungsgerichts zu geben. Die Aufsichtsführung über die Familien, in denen die verwahrlosten Kinder untergebracht werden, bedarf einer genaueren Regelung. Dem Vermischungsgericht, welches die Unterbringung beschließen muss, ist auch das Recht der Entlassung zu geben. Über den Kostenpunkt hat das Herrenhaus sachgemäß beschlossen, denn der Staat kann wie zu den Landesmeliorationen auch zu den Volksmeliorationen beitragen.

Minister Friedenthal constatiert mit Beifriedigung, dass das Bedürfnis nach diesem Gesetz allgemein anerkannt sei und das principielle Einverständnis gegen dieselbe eigentlich nicht vorgebracht sei. Ein großer Theil der vom Vorredner vorgebrachten Desiderate lasse sich durch leichte redaktionelle Änderungen erledigen. Ein anderer Theil, wie die Regelung des Kostenpunktes und die Mündirung der Landespolizeibehörden — natürlich mit den nötigen Kautelen für die Wahrung der staatlichen Interessen — könne in der Commission seine Erledigung finden. Er warnt nur davor, die vom Vorredner gewünschte Ausdehnung des Gesetzes auch auf die Fälle auszudehnen, wo nicht nur eine begangene strafbare Handlung, sondern andere Verhältnisse die Unterbringung ratsam machen, schon jetzt ins Auge zu fassen. Dieselbe bietet viele Schwierigkeiten und man sollte sich vorlängig mit dem Erreichbaren begnügen. Er hofft auf das Zustandekommen des nachwlegenden Gesetzentwurfs in dieser Session.

Die Vorlage geht nach dem Antrage Lechow an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Schluss 2½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Petitionen.)

Berlin, 8. Jan. [Amtliches.] Der Arzt Dr. Günther in Halle a. S. ist mit Anweiung des Wohnhauses in Lüdenwalde zum Kreiswundarzt des Kreises Jüterbog-Lüdenwalde; und

870 921 33 49 14,015 28 50 114 17 48 64 (150) 272 96 332 423
 502 12 25 94 662 844 927 46 83 15,045 112 41 68 81 92 231 79
 416 516 609 (180) 28 80 710 63 88 817 954 16,055 69 87 155
 96 229 51 78 366 72 77 437 503 644 56 60 80 90 715 803 10
 50 56 978 (240) 91 95 17,064 71 133 42 77 222 308 17 28 43 58
 61 (150) 72 454 84 523 98 658 67 721 52 96 825 38 42 51 79 92
 960 71 18,005 52 143 71 72 93 242 362 474 519 45 615 93
 741 61 837 947 19,009 (150) 130 54 233 91 398 420 46 56 79
 590 608 56 64 89 97 719 31 85 854 (150) 64 958 74.
20,017 25 115 61 74 216 (900) 20 35 300 12 78 (150) 79 96 424
 72 501 463 85 644 51 73 79 701 83 86 886 (150) 93 (150) 906 81 21,042
 (150) 51 143 87 227 (150) 90 96 326 417 53 56 57 71 506 14 58
 63 624 707 845 66 71 (150) 83 94 940 71 75 22,019 105 11 91
 93 214 55 97 468 502 33 97 620 73 743 819 20 26 54 23,047
 64 192 243 98 303 26 29 35 401 36 52 67 69 78 84 (150) 551
 (1800) 675 818 22 52 908 (180) 18 29 69 83 87 24,007 73 119 42
 74 209 23 26 54 56 429 44 90 98 520 602 46 64 92 704 10 31 34
 44 908 25 032 (150) 40 51 56 58 91 131 (150) 71 91 253 55 300
 14 85 432 62 69 520 78 600 (180) 59 728 53 831 63 77 926 55
26,152 61 86 92 278 99 304 60 98 471 512 (150) 36 39 43 52 56
 74 79 97 99 606 (150) 24 50 80 85 700 14 46 (240) 67 92 400 808
 21 28 920 52 27,008 12 42 100 14 (150) 235 50 86 99 316 442
 87 531 635 61 77 88 94 711 20 68 71 830 44 91 905 28,028
 381 (150) 481 559 96 656 715 80 88 903 18 89 29,014 (180) 19
 54 112 70 271 72 326 77 92 (180) 442 88 93 505 27 30 87 97 635
 753 71 836 92 935 87.
30,016 47 148 238 55 305 67 81 86 440 564 67 743 864 85
 (180) 988. 31,028 123 61 67 213 43 342 478 502 3 49 62 93
 717 856 929. 32,029 72 112 80 323 74 406 29 71 79 738 844
 92 930 38 52 33,060 95 140 41 67 71 273 394 400 76 506 8
 650 83 723 (300) 33 69 803 6 30 945 53 34,077 133 207 42 50 86
 99 382 412 18 523 642 712 88 842 935 45 35,212 35 (150) 46
 62 402 6 565 74 643 775 817 940 81 36,014 158 86 254 328
 515 40 58 77 671 781 961 69 37,076 82 172 (150) 225 46 77 301
 (240) 25 67 88 494 574 91 637 750 52 73 76 827 61 38,001 (150)
 8 32 84 141 45 74 79 269 (180) 73 92 338 92 93 434 68 537 40
 714 839 69 968 39,047 71 108 75 258 374 433 95 536 600 64
 90 99 736 81 16 (150) 32 (150) 51 62 979 89 93.
40,042 (180) 72 81 141 43 76 212 (240) 18 20 90 319 64 71
 439 83 580 652 711 42 66 967 41,030 65 116 55 254 60 92
 348 509 13 40 724 52 72 99 805 61 938 55 86 42,057 60 158
 259 313 62 93 96 (150) 422 (300) 95 534 609 39 68 703 (150) 71
 74 98 (180) 879 902 41 (240) 89 43,008 42 194 264 307 56 540
 88 603 34 60 748 93 847 62 925 80 44,165 (150) 67 219 464 77
 564 640 78 755 880 93 940 45,024 40 60 (150) 218 22 51 (150)
 67 401 71 565 (150) 836 60 906 25 46,023 73 90 109 (150) 40
 (150) 257 69 81 371 (150) 83 91 415 50 506 44 72 602 30 38 80
 705 (150) 27 32 33 34 94 887 908 43 95 47,096 117 65 252 367
 70 (150) 89 401 70 539 91 98 645 767 72 815 18 80 87 48,001
 30 147 323 99 441 512 840 61 961 49,168 76 213 30 815
 (150) 58 475 80 83 517 85 93 650 700 19 75 86 867 939 65.
50,099 (180) 182 214 16 48 360 400 92 519 44 79 646 52 777
 828 54 92 956 97 51,007 17 64 189 99 206 15 17 25 70 86 318
 83 85 435 578 607 38 41 55 724 83 803 56 74 52,011 20 56 40 90
 (180) 41 (150) 70 277 346 59 79 95 413 22 30 75 76 (150) 549 612
 58 61 88 99 823 32 66 92 907 49 70 53,016 50 78 85 118 34 35
 43 293 303 16 41 60 402 35 82 593 603 11 93 720 57 78 821
 903 77 54,017 61 126 29 33 67 (150) 79 230 (150) 35 48 326 33 90
 38 40 419 33 42 72 88 99 501 20 58 62 63 85 99 609 715 44 90
 94 823 73 78 929 85 55,000 5 63 65 94 103 75 (180) 239 85 98
 319 59 68 416 40 61 514 40 52 63 94 629 (150) 729 870 77 81
 935 65 56,071 96 154 96 309 451 528 77 88 601 713 31 42 (180)
 44 808 86 937 96 57,063 177 203 25 41 374 79 401 88 49 79
 (150) 517 65 73 95 608 10 (150) 713 83 (150) 99 832 37 39 939
 58,036 78 201 (180) 56 351 76 412 (150) 43 69 568 89 611 12
 857 913 44 45 56 59,017 78 119 26 28 72 96 205 15 46 96 303
 13 24 (180) 408 25 36 510 15 (6000) 63 81 90 (150) 600 19 756
 60 821 910.
60,963 69 106 84 (180) 92 201 67 76 78 320 44 84 478 (6000) 87
 502 8 73 88 94 (180) 809 (150) 73 708 11 71 78 96 869 928 56 77
 97 61,021 41 65 78 83 92 147 63 229 300 (180) 8 417 31 52 73
 512 24 43 45 65 67 94 613 50 733 58 60 86 849 63 66 911 45
 62,010 41 (150) 173 77 93 (150) 202 24 39 301 (240) 20 56 403 (150)
 6 28 81 624 52 56 725 31 66 833 90 924 63,158 96 99 226 45 61
 82 337 427 84 515 28 61 665 710 906 98 64,005 30 52 68 95
 114 59 (240) 319 41 73 467 83 518 634 787 843 (180) 45 54 95
 99 65,023 184 213 72 319 464 509 39 41 65 755 960 66 81 93
 66,087 (240) 105 (240) 84 (300) 239 326 69 76 448 524 92 605
 713 33 902 93 (150) 67,035 53 226 (180) 47 50 449 67 507 637
 76 794 922 68,015 172 219 240 317 507 93 613 46 65 723 46
 993 95 97 69,043 72 92 178 78? (300) 15 57 521 54 622 70 (180)
 87 784 813 64 979.
70,025 28 107 37 86 96 217 34 51 54 59 77 83 428 71 513 38
 69 717 84 876 988 98 71,081 112 34 69 80 200 46 54 (150) 312
 43 61 95 410 13 90 512 (150) 19 48 73 624 28 (150) 45 96 706 19
 847 69 72 88 93 949 72,081 145 (18C) 62 242 85 327 77 94
 439 60 (150) 64 66 540 (150) 602 756 808 78 900 87 73,012 94
 138 50 80 304 11 50 78 418 674 761 66 68 824 89 918
 38 84 156 62 220 77 446 556 (150) 600 78 749 59 936 46 75,086
 138 38 236 93 98 312 41 85 417 95 578 801 10 27 39 900 42 64
 76,065 94 171 240 315 530 (150) 767 817 69 77,054 55 117 59
 239 49 430 508 55 674 739 73 800 35 61 (150) 988 78,002 40
 78 132 36 88 350 77 433 546 718 38 844 86 94 951 79,069
 (150) 127 60 229 83 98 342 98 405 49 80 624 727 89 801 50
 923 (150).
80,022 23 71 116 29 77 95 (150) 265 332 76 421 75 93 549
 (150) 651 841 81,049 53 55 60 113 42 91 266 303 18 (300) 23
 423 32 39 611 25 44 706 944 82,059 85 139 51 233 45 62 66
 355 459 85 609 11 60 91 728 35 (180) 49 73 83,034 133 82 259
 332 414 63 (150) 517 21 605 49 (150) 92 864 66 93 94 907 46
 84,025 64 312 472 570 83 625 55 (150) 731 66 88 928 46 930
 85,131 72 266 67 94 432 38 77 508 34 635 703 54 865 88 99
 (150) 977 86,012 90 108 25 (150) 33 65 210 16 31 68 321 22
 469 611 729 57 902 11 16 (150) 18 46 62 87,026 31 184 97 208
 42 43 96 309 33 43 73 84 402 31 32 99 514 72 75 77 627 77 732
 62 830 (240) 55 71 88 92 5 9 34 88,173 78 240 54 90 316 22
 35 414 83 513 19 32 74 76 78 88 605 41 54 92 709 54 66 (150)
 802 10 44 925 89,000 9 15 26 (300) 79 80 (150) 89 105 46 51 217
 63 88, 371 77 99 448 61 505 89 617 43 48 780 807 15 45 74 (240)
 952 75 79 85.
90,011 111 21 99 227 309 12 68 75 520 86 629 78 707 65
 95 868 76 (180) 92 937 78 91,165 206 (150) 408 538 652 62
 87 762 72 829 74 (150) 942 92,029 58 121 37 73 347 57 (150)
 92 422 504 50 601 724 836 37 46 912 (180) 93,045 79 252 74
 94,006 55 71 82 (150) 122 95 210 27 310 40 79 428 85 555 72
 620 54 709 (150) 84 88 858 97 (150) 911 72 97.
 ○ Berlin, 8. Januar. [Das Gericht vom Rücktritt des Präsidenten des Reichskanzler-Amtes. — Austritt Zitelmann's aus dem Staatsdienst und beabsichtigter Rücktritt Stillfried's. — Disciplinarverfahren gegen Communalbeamte. — Von der Kriegs-Marine.] Die Mitteilung der „Mgdb. Btg.“, daß der Präsident Hofmann seine Entlassung erbeten habe oder zu erbitten beabsichtige, entbehrt aller thattsächlichen Begründung. In dem bloßen Gericht über organisatorische Reformpläne des Fürsten Bismarck kann unmöglich ein Anlaß liegen, sich übergegangen zu führen und den Abschied zu fordern. Die einzige positive Thatsache an allen diesen Gerichten ist doch bisher der Weihnachtsbesuch des Abg. v. Bismarck in Varese geblieben. Niemand wird aber behaupten können, daß eine Besprechung des Fürsten Bismarck mit dem Führer der einflussreichsten Partei im Reichstag, selbst vorausegesetzt, daß es sich um künftige Organisationsfragen gehandelt habe, irgend Grund zu Beschwerden geben könne. Mit Recht wird auch von anderer Seite hervorgehoben, daß die von Hofmann ausgearbeiteten Gewerbe-Vorlagen mit der Unterschrift des Reichskanzlers an den Bundesrat gelangt sind. — Der „Staatsan.“ bringt eine Ordensverleihung an den Geheimen Ober-Reg.-Rath Zitelmann, der bisher die Stelle des zweiten vor-

nach Aufnahme einer fundirten Reichsanleihe erforderlich geworden ist. Die Vergütung, welche an Preußen für Verwaltung der Reichsschulde zu zahlen ist, beträgt 12,500 Mark, für sächliche und vermischt Ausgaben, wobei unter Anderem die Kosten zur Herstellung der Schul-Papiere ausgeworfen sind, 20,000 Mark. Ferner „zur Verfolgung der Verfertiger und Verbreiter falscher Reichs-Kassenscheine zur Erfüllung für letztere in dazu genannten Fällen und zu den Kosten der für beschädigte Reichs-Kassenscheine zu gewährenden Erfüllungen“ 10,000 M. Für Verzinsung der 4-prozent Reichsanleihe 3,159,000 M. Zinsen für Schab-Anweisungen der Marine-, Post- und Telegraphen-Verwaltungs-Anleihe, der einmaligen Ausgaben für Kasernenbauten c. 1,560,000 M. Verzinsung der Mittel, welche nach dem Staatsgesetz zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshaupt-Kasse aufgenommen werden 40,000 M. Zinsen für die Mittel zur Münzreform 2 400,000 M. Die gesamte Verzinsungssumme beträgt 7,159,000 M. und die Gesamtausgabe 7,20

geworden ist, bringt heute zwei neue Documente bei, welche zwischen Donna Isabella und den ersten Ministern ihres Sohnes kurze Zeit nach dem Regierungsantritt des Letzteren, als die Königin den Wunsch äußerte, nach Spanien zurückzukehren, ausgetauscht worden sind. Die Königin stellte damals folgende

Bedingungen für Meine Rückkehr nach Spanien:

- 1) Ich werde in Begleitung Meiner Tochter Pilar, Mir und Eulalia nach Spanien zurückkehren, sobald der König, Mein vielgeliebter Sohn, aus dem Norden wieder in Madrid eingetroffen sein wird;
- 2) werde Ich das volle Recht behalten, Spanien zu verlassen und zu betreten, so oft Ich es für nötig erachte, ohne daß Niemand dagegen Einsprache zu erheben hat;
- 3) werde Ich direct nach Madrid begeben und dort im Einvernehmen mit dem König, Meinem Sohne, Meinen bleibenden Aufenthaltsort bestimmen, unterdessen aber in Barcelona und Sevilla, als den Mir angenehmsten und Meinen Wünschen am meisten entsprechenden Städten, Meinen Wohnsitzen aufzusuchen;
- 4) bleiben die Infantinen Donna Pilar, Donna Mir und Donna Eulalia bis zu ihrer Vermählung bei Mir und soll Niemand sie bis dahin von Meiner Seite nehmen;
- 5) behalte Ich Mir in der Wahl Meines Hauspersonals freie Hand vor, so zwar, daß die Regierung sich in nichts dafselbe angeht, auch nicht in die Verwaltung Meines Hauses zu mischen hat.

Paris, 14. Februar 1876. Isabella von Bourbon.

Darauf antwortete der Ministerpräsident Canovas del Castillo mit nachstehendem Schreiben:

Madame! Ich habe dem Ministerrath und in Uebereinstimmung mit ihm Se. Majestät dem König die Forderungen mitgeteilt, die Ew. Majestät unter 14. Februar mit dem Befehl, Ihnen vor Ihrer Reise nach Spanien die Antwort der Regierung zu übermitteln, an mich gerichtet hat. Die Regierung genehmigt vollständig den zweiten der Vorschläge (welcher der Erste sein sollte), betreffend das unanfechtbare Recht Ew. Majestät, frei in Spanien einz- und auszuziehen, wie es Ihnen beliebt. Hinsichtlich der zweiten Bedingung hofft und wünscht die Regierung, daß Ew. Majestät schon jetzt definitiv die Stadt Sevilla zu Ihrem bleibenden Wohnsitz auswählen, weil die andere von Ew. Majestät in Vorschlag gebrachte Stadt, Barcelona, allerlei Unzufriedenheit, darunter auch den, daß sie keinen Ihrer Person würdigen Palast aufzumessen hat, vereinigt. Dagegen bietet Sevilla in dieser Beziehung alles Wünschenswerthe und der Alcazar soll ohne Zeitverlust für Ihr Majestät eingerichtet werden. Was die dritte Bedingung, daß die Infantinen bis zu ihrer Vermählung Ihrer mütterlichen Obsorge anvertraut bleiben, betrifft, so hat die Regierung gegen einen so berechtigten Wunsch nichts einzuwenden, da sie überzeugt ist, daß Ew. Majestät dadurch die Rechte des Königs als Oberhaupt seiner Familie nicht zu schmälern beabsichtigt. Die Infantinen sind mittelbare Erben des spanischen Thrones und Ew. Majestät giebt ohne Zweifel zu, daß in gewissen Fällen, wenn es sich z. B. um den heutigen noch fernliegenden Zeitpunkt der Vermählung Ihrer Tochter handelt, der König, das Cabinet und die Kammer die Frage in ernsthafter Erwägung zu ziehen hätten. Die vierte Bedingung Ew. Majestät, die von der selbstständigen Verwaltung Ihres königlichen Hofstaates und der Wahl Ihres Hauspersonals handelt, hat die einstimmige Genehmigung der Regierung für sich, die Ihre Unabhängigkeit niemals antasten wird. Wie Ew. Maj. bemerkt haben wird, habe ich bei der Aufzählung Ihrer Bedingungen mit der zweiten begonnen. In der That befürchtete ich die erste auf die Mitteilung, daß Ew. Majestät sich auf Ihrer Reise nach Sevilla zuerst nach der Rückkehr Sr. Majestät des Königs aus dem Norden in Madrid aufzuhalten wird, und da der König seit mehreren Tagen hier eingetroffen ist, soll diese Bedingung ganz weg. Im Übrigen geht die Regierung auf alle Ihre Wünsche ohne Vorbehalt ein. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Reise Ew. Majestät habe ich von Paris die Mitteilung erhalten, daß Sie dieselbe nach Beendigung der sogenannten religiösen Frage anzutreten gedenken. Ein solcher Club ist der hohen Weisheit Ew. Majestät, Ihrer langen Erfahrung und Ihrer Mutterliebe, sowie der Liebe zu Ihrem unglücklichen Vaterland würdig. Nichts liegt der Regierung ferner, als einem Druck auf Ihre Überzeugungen auszuhören; aber heute, nachdem Sie dem Throne entzagt haben, kann nichts mehr Sie zwingen, Ihre Ruhe in dem Kampfe aus Spielen zu sehen, welchen die feindlichen Parteien in Spanien sich unter dem Vorwande der kirchlichen Fragen liefern. Die geringste Neuerung des Mißfallens seitens Ew. Majestät könnte die Parteien noch mehr erhitzen und ein Misstrauen erwecken, daß die so feindselig erwünschte Rücksicht Ew. Majestät in einen Gegenstand der Zweitacht verwandeln würde. Wenn der mir gewordene Wint über diesen Punkt sich bestätigt, so kann die Regierung Ew. Majestät zu einem so weisen Beschlüsse nur Glück wünschen. Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung meiner unterstän-
W Madrid, den 7. April 1876.

(gez.) Antonio Canovas del Castillo.

Wie man weiß, hat sich Isabella in Spanien nicht lange gehalten und verließ dieses Land vor Kurzem, wobei ihr Sohn es vorzog, ihr seine Schwestern nicht mehr mitzugeben. Jetzt wünscht die Königin wieder, der Vermählung ihres Sohnes beizuwöhnen, was dieser sich ebenso ehrfurchtsvoll als entschieden verbeten hat.

Über den Stand der Arbeiten für die Weltausstellung entnehmen wir dem kürzlich von Herrn Krantz ausgegebenen Bericht folgendes: „Das Ausstellungsgebäude des Marsfeldes ist schon ganz unter Dach und die Handwerker sind mit der Einigung der Fenster und Fußböden beschäftigt, während fremde und einheimische Aussteller ihnen auf dem Fuß folgen und sich in ihren Abteilungen einzurichten anfangen. Der Schienennetz, welcher die Ausstellung mit der Gürtelbahn verbinden soll, ist gelegt, die Anpflanzung von Park und Garten macht rasche Fortschritte, und die verschiedenen kleineren Gebäude, welche z. B. von der Gesellschaft des Kreuzes, der Pariser Gasgesellschaft, der Restauration Duval und Andern neben dem Ausstellungspalaste errichtet werden, sind ebenfalls in der Vollendung begriffen. Am linken Ufer der Seine nimmt die Ausstellung der Marine einen Flächeninhalt von 6.800 Quadratmetern, und daneben das Salzwasser-Aquarium einen Raum von 1.800 Quadratmetern ein. Die anderen Thiere werden auf der Esplanade der Invaliden untergebracht, wo Ställe für 12 bis 1500 Ochsen eine entsprechende Anzahl Schafe, Ziegen, Schweine u. r. ihrer harren. Der Ausstellungspalast des Trocadero mit seiner Umgebung übersteigt jetzt schon in seiner Gesamtwirkung hochgesteckte Erwartungen. Der westliche Flügel dieses Palastes wird die Produkte Japans, Chinas, Persiens, Ägyptens, von Tunis und Marocco aufnehmen und verspricht glänzender Auszufallen, als alles bisher in dieser Art Gesehene. Der persische Pavillon ist am weitesten vorgeschritten; die kürzlich eingetroffenen Handwerker aus Yedo, welche der japanischen Abteilung ihren echt nationalen Charakter geben sollen, werden ihre Arbeit nächstens beginnen. Bekanntlich war befohlen worden, die Fassade jedes Pavillons mit einer an die hervorragenden Länder erinnernden Verzierung zu schmücken; die Ausführung dieser Idee war hauptsächlich in Anbetracht der dadurch vermehrten Ausgabe auf bedeutende Hindernisse gestoßen; aber diese sind jetzt größtenteils gebrochen und mit Ausnahme von Österreich-Ungarn sowie der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben alle Nationalitäten ihre Zeichnungen eingebracht und sich mit französischen oder einheimischen Bauernnahmen verständigt. Die retrospective Kunstausstellung der außereuropäischen Völker nimmt unter der Leitung eines berufenen Gelehrten, Herrn Longérier, unverhoffte Verhältnisse in einem Raume an, der die Galerie der Geschichte der Arbeit vom Jahre 1867 noch um 2000 Quadratmeter übertrifft. Als ganz neu und außerordentlich interessant führt Herr Krantz die von der anthropologischen Gesellschaft zu Paris eingerichtete Ausstellung an, die in acht Gruppen zerfällt und bis jetzt 140 Anmeldungen von Privatpersonen und Museen erhalten hat. Der Ausstellungskatalog wird zwölf Bände umfassen, die frei von allen Geschäfts-Reklamen, nur Aufzählendes und Erläuterndes enthalten sollen.“

Provinzial-Bericht.

— d. Breslau, 8. Januar. [Bezirks-Verein der Nicolai-Vorstadt.] Die am 7. d. Mis. im Saale der Rösler'schen Brauerei abgehaltene Hauptversammlung eröffnete der Vorsitzende, Maurermeister Simon, u. A. mit folgenden Mitteilungen: Magistrat erwidert auf ein diesbezügliches Gesuch, daß die beantragte Durchführung des Prinzips der Vertheilung der grünen und ungrünen Nummern auf einer Straße bei neuen Straßensteins in Anwendung komme und auch in den älteren Straßen seit Jahren daran Gedacht genommen werde. Bei letzteren könne sie aber nur nach und nach geschehen, wenn sich in Folge von Theilungen größerer Grundstücke zur Numerierung einer ganzen Straße ergebe, da es sich dabei nicht blos um die äußerliche Bezeichnung der Grundstücke mit neuen Nummern handele, sondern dieselben auch in die Grundbücher ein-

getragen werden müssen und solche Änderungen in diesen möglichst zu vermeiden seien, weil sie leicht Irrungen im Grundstücks- und Hypotheken-Bericht zur Folge haben könnten. Die Buchstaben-Bezeichnung sei auch bei dem neuen Numerirungs-System nicht ganz zu vermeiden und sie sei durchaus unbedenklich. — Auf eine Vorstellung des Vereins theilt der Herr Polizei-Präsident mit, daß der Striegauer Platz an den Hauptstunden des Tages mit einem Nebenposten besetzt wird. Die Etablierung einer Wache am Nicolaithor sei bei dem gegenwärtigen Personalbestande der Schuhmannschaft zur Zeit nicht zu ermöglichen. Von der Errichtung einer berittenen Schuhmanns-Abteilung könne er sich für die heisigen Verhältnisse zur Zeit keinen Nutzen versprechen. Die Pfasterung des Striegauer Platzes konnte bei Verarbeitung des Pfasterungs-Glaas v. 1878 durch die Stadt-Baudeputation nicht berücksichtigt werden, weil der Platz zur Zeit noch nicht canalisirt ist. Die Beleuchtung sei nicht so unzureichend, um gegen den Magistrat vorzugehen. — Die Legung von Granitplatten und Pfasterung des Bürgersteiges vor den nicht mit Wohnhäusern bebauten Grundstücken Berlinerstraße 61—64 könne, wie das Polizei-Präsidium mittheilt, gesetzlich nicht gefordert werden. Wegen Herstellung des Bürgersteiges vor den im Ausbau begriffenen Häusern 65 und 66 dagegen werde nach Vollendung der Bauten das Erdorthe veranlaßt werden. — Im Anschluß an diese Mitteilungen gab der Vorsitzende eine Übersicht über die Thätigkeit des Vereins in vergangenen Jahren. Es haben im Ganzen 7 Vorstandssitzungen und 7 allgemeine Versammlungen stattgefunden. Der Kassenbericht wird in nächster Sitzung erstattet werden. — Auf Anlaß eines Fragestellers wird beschlossen, daß Polizei-Präsidium zu ersuchen, den Droschen-Halteplatz vor dem „Kronprinz“ nach dem Königplatz zu verlegen. — Im Monat Februar soll ein geselliger Abend abgehalten werden. — In den neuen Vorstand werden gewählt: Brauereibesitzer Rösler, Apotheker Kretschmer, Ofensfabrikant Rakow, Stadtverordneter Wöhner, Adjunkt Rosemann, Kaufmann Ulrich, Kaufmann Schlesinger, Maurermeister Simon, Direktor Betschadt, Schmiede-Obermeister Vogt, Kaufmann Monjac, Particulier Körner, Kaufmann S. Sadur, Particulier Dietrich und Gastwirth Bänsch.

X. Leobschütz, 4. Januar. [Simultanschule.] — Graf von Oppersdorf — Stadtverordneten-Sitzung. — Liedertafel. — Rittergut Bauerwitz.] Die städtischen Behörden hatten, wie ich schon vor längerer Zeit berichtet, die Einführung einer paritätischen Schule in unserer Stadt beschlossen und die Schulaufsichtsbehörde hatte die Einrichtung genehmigt. Der Instanzenzug, den die unterlegene Partei betreten, war erschöpft. Nunmehr wandten sich etwa 800 bessige Bürger beider Konfessionen mit einer Immediat-Vorstellung an Se. Majestät den Kaiser und batzen im Hinblick auf das in Aussicht stehende Unterrichtsgesetz um Sitzierung der paritätischen Schule. Auf diese Vorstellung ist vor einigen Tagen von dem Cultusminister folgender Bescheid ergangen: „Die von Ew. Wohlgeboren und einer Anzahl katholischer und evangelischer Familienbäder eingereichte Immediat-Vorstellung vom 30. d. Mis., betreffend die vorigen Schulverhältnisse, haben des Kaisers und Königs Majestät an mich zur Prüfung und zu Ihrer Beurtheilung abgegeben zu lassen geruht. In Folge dessen eröffne ich Ihnen, daß es bei der vor den städtischen Behörden beschlossenen und von Schulaufsichtsbehörde genehmigten Einrichtung einer paritätischen Schule am nächsten Östertermine sein Bewenden behalten muß. Wenn Sie von der Behandlung der Reformationsgeschichte in dieser Schule die Befürchtung hegen, daß die Kinder in Zweifel, Indifferenzismus und Unglauben gerathen und dadurch der Socialdemokratie in die Arme geführt werden würden, so bemerke ich, daß die vom confessionellen Standpunkte vorgetragene Reformationsgeschichte in einer paritätischen Schule nicht in den Geschichts-, sondern in den Religions-Unterricht gehört. — Der Bescheid ist an den Kaufmann C. Rukop gerichtet. — In der in diesen Tagen abgehaltenen General-Versammlung des bessigen Kriegervereins wurde der Graf C. von Oppersdorf zu Ober-Glogau zum Protector dieses Vereins gewählt, nachdem vorher die Annahme der Wahl in Aussicht gestellt war. Bis zu seinem vor Kurzem erfolgten Ableben hatte der Bruder des Genannten, der kgl. Schmiederey und Großgrundbesitzer Hans Graf v. Oppersdorf auf Geppersdorf die erwähnte Stelle eingenommen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurden die neu-beziehungsweise wiedergewählten Stadtverordneten Rechtsanwalt Kurek, Kanzleirath Schmoller, Kaufmann Hugo Berliner, Gymnasiallehrer Heinrich Zimmermeister Leonhard Meyer, Zimmermeister Rott, Seisenfiedermeyer J. Engel, Kaufmann Theodor Deutscher, Schmiedemeister Paul Dietrich, Stellmachermeister Emanuel Kreisel und Buchhalter Carl Kothe durch den Magistrats-Diregenten in die Versammlung eingeführt und durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet. Demnächst fand die Constitution des Bureaus statt, wobei der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Alischer mit 32 Stimmen, dessen Stellvertreter, Justizrat Kaiser mit 31 Stimmen und der Schriftführer Kreidiger, Adjunkt Winkler mit 33 Stimmen wiedergewählt wurden; als stellvertretender Schriftführer ging der Kaufmann C. Hirsch aus der Wahlurne hervor. An der Wahl hatten sich 33 Stadtverordnete beteiligt. — Am 5. d. Mis. feierte der bessige Männergesang-Verein „Liedertafel“, dessen Dirigent der städtische Lehrer Beck ist, sein 24. Stiftungsfest durch ein Vocal- und Instrumental-Concert, welches seinen Besuchern recht schöne musikalische Genüsse brachte. Die Männerhöre, namentlich „Die Nach“ von Abt wurden von dem Verein mit einer Sicherheit und Präzision vorgetragen, wie sie bei Laien-Vereinen wohl immer gewünscht, aber nur selten gefunden werden. — So eben ist der Kaufvertrag auf das Rittergut Bauerwitz zu dem Preise von 241,950 M. notariell abgeschlossen worden, durch welchen der Dekonom Krich aus Österreich Besitzer des Gutes geworden ist.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 8. Januar. Die Friedenshoffnungen scheinen sich zu mehren, wenigstens gibt die Speculation denselben mehr Raum und läßt sich von ihnen offenbar bei ihren Operationen leiten. So trug denn auch die bessige Börse eine recht seife und angenehme Physiognomie. Der geschäftliche Verkehr nahm wesentlich erweiterte Dimensionen an und entwickelte sich auch unter der Herrschaft einer animirten Stimmung. Einzelne Gebiete, welche sich in dieser Hinsicht ausgezeichnet hatten, sind nicht besonders hervorzuheben, denn der Verkehr umfaßte eben so ziemlich alle Branchen der börsenmäßigen Tätigkeit. Die internationalen Speculationspapiere erhöhten ihr Courseniveau nicht ganz unbedeutend, indem trat hier die Speculation mit einer gewissen Vorsicht auf. Man versuchte des Desteren, die gestiegenen Course zu Realisationen zu benutzen, und benahm dadurch den Notirungen zeitweise den Charakter der Festigkeit, andererseits aber war das Realisationsbestreben nicht intensiv genug, um einen fühlbaren Druck auf die Course auszuüben. Dester. Creditationen gingen mit einer gegen den gestrigen Nachbörscours nur mäßigen Erhöhung aus dem heutigen Verkehr hervor; Franzosen profitierten dagegen etwas mehr und Lombarden zeigten sich wiederum recht fest und ebenfalls besser. Die österr. Nebenbahnen befundeten eine sehr seife Haltung und gingen auch ziemlich rege um. Bevorzugt waren neben Galiziern besonders Böhmisches Weltbahn, Elisabeth-Weltbahn und Rudolfsbahn. Auch die localen Speculationseffekte vermochten, obwohl sie im Allgemeinen ruhiger blieben, die Notirungen nicht ganz unbedeutend zu erhöhen. Es notirten Disconto-Commandit 105,75—105,90—105,10, Laurahütte 67—66,40—67. Auswärtige Staatsanleihen waren mäßig belebt und erlebten sich auch die Wehrzahl der hierher gehörigen Werthe unter Kaufzins-Ruhs. Staatspapiere steigend und ziemlich rege, 77er Anl. 76,90, alt. Staats-Anl. 78—79—78, pr. 78, pr. 79, pr. 80, pr. 81, pr. 82, pr. 83, pr. 84, pr. 85, pr. 86, pr. 87, pr. 88, pr. 89, pr. 90, pr. 91, pr. 92, pr. 93, pr. 94, pr. 95, pr. 96, pr. 97, pr. 98, pr. 99, pr. 100, pr. 101, pr. 102, pr. 103, pr. 104, pr. 105, pr. 106, pr. 107, pr. 108, pr. 109, pr. 110, pr. 111, pr. 112, pr. 113, pr. 114, pr. 115, pr. 116, pr. 117, pr. 118, pr. 119, pr. 120, pr. 121, pr. 122, pr. 123, pr. 124, pr. 125, pr. 126, pr. 127, pr. 128, pr. 129, pr. 130, pr. 131, pr. 132, pr. 133, pr. 134, pr. 135, pr. 136, pr. 137, pr. 138, pr. 139, pr. 140, pr. 141, pr. 142, pr. 143, pr. 144, pr. 145, pr. 146, pr. 147, pr. 148, pr. 149, pr. 150, pr. 151, pr. 152, pr. 153, pr. 154, pr. 155, pr. 156, pr. 157, pr. 158, pr. 159, pr. 160, pr. 161, pr. 162, pr. 163, pr. 164, pr. 165, pr. 166, pr. 167, pr. 168, pr. 169, pr. 170, pr. 171, pr. 172, pr. 173, pr. 174, pr. 175, pr. 176, pr. 177, pr. 178, pr. 179, pr. 180, pr. 181, pr. 182, pr. 183, pr. 184, pr. 185, pr. 186, pr. 187, pr. 188, pr. 189, pr. 190, pr. 191, pr. 192, pr. 193, pr. 194, pr. 195, pr. 196, pr. 197, pr. 198, pr. 199, pr. 200, pr. 201, pr. 202, pr. 203, pr. 204, pr. 205, pr. 206, pr. 207, pr. 208, pr. 209, pr. 210, pr. 211, pr. 212, pr. 213, pr. 214, pr. 215, pr. 216, pr. 217, pr. 218, pr. 219, pr. 220, pr. 221, pr. 222, pr. 223, pr. 224, pr. 225, pr. 226, pr. 227, pr. 228, pr. 229, pr. 230, pr. 231, pr. 232, pr. 233, pr. 234, pr. 235, pr. 236, pr. 237, pr. 238, pr. 239, pr. 240, pr. 241, pr. 242, pr. 243, pr. 244, pr. 245, pr. 246, pr. 247, pr. 248, pr. 249, pr. 250, pr. 251, pr. 252, pr. 253, pr. 254, pr. 255, pr. 256, pr. 257, pr. 258, pr. 259, pr. 260, pr. 261, pr. 262, pr. 263, pr. 264, pr. 265, pr. 266, pr. 267, pr. 268, pr. 269, pr. 270, pr. 271, pr. 272, pr. 273, pr. 274, pr. 275, pr. 276, pr. 277, pr. 278, pr. 279, pr. 280, pr. 281, pr. 282, pr. 283, pr. 284, pr. 285, pr. 286, pr. 287, pr. 288, pr. 289, pr. 290, pr. 291, pr. 292, pr. 293, pr. 294, pr. 295, pr. 296, pr. 297, pr. 298, pr. 299, pr. 300, pr. 301, pr. 302, pr. 303, pr. 304, pr. 305, pr. 306, pr. 307, pr. 308, pr. 309, pr. 310, pr. 311, pr. 312, pr. 313, pr. 314, pr. 315, pr. 316, pr. 317, pr. 318, pr. 319, pr. 320, pr. 321, pr. 322, pr. 323, pr. 324, pr. 325, pr. 326, pr. 327, pr. 328, pr. 329, pr. 330, pr. 331, pr. 332, pr. 333, pr. 334, pr. 335, pr. 336, pr. 337, pr. 338, pr. 339, pr. 340, pr. 341, pr. 342, pr. 343, pr. 344, pr. 345, pr. 346, pr. 347, pr. 348, pr. 349, pr. 350, pr. 351, pr. 352, pr. 353, pr. 354, pr. 355, pr. 356, pr. 357, pr. 358, pr. 359, pr. 360, pr. 361, pr. 362, pr. 363, pr. 364, pr. 365, pr. 366, pr. 367, pr. 368, pr. 369, pr. 370, pr. 371, pr. 372, pr. 373, pr. 374, pr. 375, pr. 376, pr. 377, pr. 378, pr. 379, pr. 380, pr. 381, pr. 382, pr. 383, pr. 384, pr. 385, pr. 386, pr. 387, pr. 388, pr. 389, pr. 390, pr. 391, pr. 392, pr. 393, pr. 394, pr. 395, pr. 396, pr. 397, pr. 398, pr. 399, pr. 400, pr. 401, pr. 402, pr. 403, pr. 404, pr. 405, pr. 406, pr. 407, pr. 408, pr. 409, pr. 410, pr. 411, pr. 412, pr. 413, pr. 414, pr. 415, pr. 416, pr. 417, pr. 418, pr. 419, pr. 420, pr. 421, pr. 422, pr. 423, pr. 424, pr. 425, pr. 426, pr. 427, pr.

